

Iniciativa Angolana Antimilitarista para os Direitos Humanos
Initiative Angolaise Antimilitariste pour les Droits de l'Homme
Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative
Angolees Anti-militaristisch Menschenrechteninitiatif
Angolska antimilitarna iniciativa za ljudska prava
Angolan Anti-Militarism Initiative for Human Rights
I. A. A. D. H.

I
A
A
D
H

Yorckstrasse 59 - D-10965 Berlin - Telefon: (+49-30) 785 72 81 - Fax: (+49-30) 786 99 84
Ökobank * Kontonummer 10 10 875 * Bankleitzahl 500 901 00
Internet: <http://www.snafu.de/~usp/iaadh.htm> Endereço electrónico: ari@ipn.de

Berlin, den 09. Mai 2000

An
die deutsche Regierung
Herrn Bundeskanzler Gerhard Schröder
Bundeskanzleramt
Schlossplatz 1

10178 Berlin

PER Fax 030/4000-1818 (3 Seiten insgesamt)

Cc: deutsche Gerichte

Betr.: Memorandum zur Abschiebung* nach Angola.
- Ein Brief der angolanschen Zivilgesellschaft von ASSOCIAÇÃO ANGOLANA DOS DIREITOS HUMANOS DE ANGOLA (ANGOLANISCHE MENSCHENRECHTSVEREINIGUNG)/Luanda - ANGOLA.

Als angolansche Menschenrechtsorganisation sind wir der Auffassung, dass bei der Abschiebung angolanscher Staatsbürger in ihr Heimatland ein wesentliches Problem darin liegt, dass die für die Abschiebung verantwortlichen Länder keine Verantwortung für das Schicksal übernehmen, das die von der Abschiebung betroffenen Menschen in Angola erwartet.

Häufig werden die Abgeschobenen von der angolanschen Grenz- und Einwanderungsbehörde in enger Zusammenarbeit mit den Verteidigungs- und Sicherheitsorganen willkürlich verhaftet oder direkt und gegen ihren Willen für den Dienst in den Streitkräften rekrutiert; oft müssen sie auch ohne militärische Ausbildung sofort an die Front.

Damit verstößt man gegen die im Land geltenden Gesetze und geht diskriminierend gegen Bürger vor, die sich gegen die Weiterführung des nun schon seit dreißig Jahren andauernden Krieges in Angola aussprechen.

Andere werden aufgrund ihrer politischen Einstellung oder ihres sozialen Status willkürlich Gerichtsverfahren unterzogen, bei denen kein Berufsrichter anwesend ist.

In Anbetracht all dessen sowie angesichts der unzähligen Berichte internationaler Institutionen und der UNO über den Krieg und darüber, dass junge Angolaner verfolgt werden, um sie als Kanonenfutter zu benutzen, erscheint es der Associação Angolana dos Direitos Humanos (angolanische Menschenrechtsvereinigung) unverständlich, dass die deutsche Regierung, angolansche Staatsbürger nach Angola abschiebt, wo sie in den Tod gehen. Das gilt umso mehr, als Deutschland in Angola bisher stets als ein Land angesehen wurde, das die Menschen- und Bürgerrechte verteidigt.

Die Abschiebung von angolanschen Menschenrechtsaktivisten aus den Staaten des Westens, der zur Zeit offenbar eine Hochburg derer ist, die die Erhaltung des Regimes von Präsident José Eduardo dos Santos befürworten, bedeutet einen schweren Schlag gegen all jene, die es wagen, den Status quo eines Regimes in Frage zu stellen, das in Bezug auf grundlegende Bürgerrechte völlige Willkür an den Tag legt.

In Luanda und den anderen Provinzen im Landesinneren nimmt die Unterdrückung Andersdenkender ständig zu. Selbst die in Angola arbeitenden internationalen Organisationen, einschließlich der Menschenrechtsabteilung der Vereinten Nationen, sind in Bezug auf die täglichen Menschenrechtsverletzungen und die Willkür von Regierungsvertretern, nationaler Polizei, Sicherheitsorganen, Streitkräften, aber auch Einzelpersonen in einflussreichen Positionen oder ihnen nahestehenden Personen, zu komplizierendem Schweigen gezwungen.

In Deutschland stellen die in der **IAADH (Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative)** zusammengeschlossenen Menschenrechtsaktivisten aufgrund ihres nachdrücklichen öffentlichen Engagements für die Bürgerrechte den Kern der bedeutendsten, von Angolanern ins Leben gerufenen Menschenrechtsorganisation innerhalb und ausserhalb Angolas dar.

Das offensichtlich Praktiken der marxistisch-leninistischen Schule verschriebene derzeitige Regime versucht, wenn nicht mit Gewalt, dann in verdeckter Form, die Stimmen von Andersdenkenden und Organisationen, die die Gräueltaten der Machthabenden öffentlich machen, zu unterdrücken.

Wir bitten Deutschland als westliche Regierung und Mitgliedsstaat der UNO und der Europäischen Union, - Organisationen, die für die Verteidigung der Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit eintreten, - diese eben geschilderte Situation in Angola zu berücksichtigen.

Luanda, 3. Mai 2000

Associação dos Direitos Humanos de Angola

Für weitere Informationen zu den Dokumenten wenden Sie sich an:

I.A.A.D.H.

Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative - Berlin (Deutschland)

Emanuel Matondo D. und Giordão João Dedeus

Berlin, den 09. Mai 2000

Notiz:

** Inzwischen sind wir informiert worden, daß am Samstag, den 13. Mai 2000, eine Massenabschiebung von Düsseldorf nach Angola durchgeführt wird. Die offizielle Stellen schweigen. Nach UNHCR, nur Deutschland und Frankreich schieben nach Angola ab trotz Sicherheitsbedenken für Abgeschobenen.*

Anlage

Presseerklärung von zivilen Oppositionsparteien (POCs) aus Luanda vom 27. April 2000

(Originalkopien dieser Dokumenten in portugiesischer Sprache sind bei IAADH erhältlich)

Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative

Memorandum zur Abschiebung nach Angola/**Anlage: Presseerklärung**

Presseerklärung

von zivilen Oppositionsparteien (POC¹) - Luanda/Angola

zur Abschiebung angolanischer Flüchtlingen aus Deutschland nach Angola

Die **Partidos da Oposição Civil, POC**, (Parteien der zivilen Opposition Angolas) sowie die eingeladenen Parteien: PADS, PUP, ADPA, PDN, PCCA, PCDP und PNSA, die sich in Luanda zum **dritten Runden Tisch** der Parteien der zivilen Opposition versammelt haben, um neben anderen Themen, über Krieg und Freiheit in Angola zu debattieren, bedauern die Inhaftierung von Angolanern in der Bundesrepublik Deutschland.

Die in Angola vorherrschende Kriegssituation, die prekäre Menschenrechtslage, mit gravierenden und ständigen Menschenrechtsverletzungen, die der internationalen Gemeinschaft bekannt sind und die entwürdigende humanitäre Lage rechtfertigen nach Meinung der **POC** und der anderen Parteien die Inanspruchnahme des Flüchtlingsstatus nach internationalem Recht.

Im Laufe der Kriegsjahre hat Deutschland angolanische Familien aufgenommen; einige von ihnen leben seit mehr als zehn Jahren dort. Sie verstehen von daher die plötzliche Wandlung der Haltung von Regierung und Justiz nicht, die das Leben angolanischer Staatsbürger aufs Spiel setzt, wie es Fälle von Menschen zeigen, die unter diesen Umständen in das Land zurückkehrten.

Die **POC** und die anderen Parteien fordern daher die deutsche Regierung auf, alle Inhaftierten, von denen sich einige im Hungerstreik befinden, freizulassen und mit Hinblick auf internationale Menschenrechtsbestimmungen, Massnahmen zu ergreifen, um die Situation der Angolaner in Deutschland rechtlich zu regeln. Sie richten einen Appell an die Europäische Union, eine Praxis, wie z. B. die in den Vereinigten Staaten praktizierte zu erarbeiten, die den Aufenthalt angolanischer Staatsbürger, die angesichts der aktuellen Situation in ihrem Land Verfolgungen oder Gewaltanwendungen befürchten, erleichtert.

Die anwesenden Oppositionsparteien unterstützen die Bemühungen der **Initiativa Angolana Antimilitarista (Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative)** in Deutschland zur Lösung dieser Frage und appellieren an die Solidarität von amnesty international und Human Rights Watch für die in diesem Land lebenden angolanischen Flüchtlinge.

Sie fordern, dass die diplomatischen Vertretungen der angolanischen Regierung im Ausland lebende Staatsbürger würdevoll behandeln, verteidigen und eine gerechte Behandlung der in Deutschland inhaftierten Staatsbürger garantieren.

Runder Tisch der POC, Luanda 27. April 2000

Cc: Bundesverwaltungsgericht und alle Verwaltungsgerichte, deutsche und internationale Presse, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Inneres, Bundespräsidialamt, Bundespressamt, Bundesministerium für wirtschaftliche und Entwicklungszusammenarbeit (BMZ), Bundesministerium der Justiz, Präsidium des Deutschen Bundestages, alle Fraktionen im Bundestag, Auswärtiger Ausschuss im Bundestag, Menschenrechtsausschuss des Bundestages, Innenausschuss des Bundestages, Europäische Kommission, Europäisches Parlament, entwicklungspolitische Institutionen, UNHCR/Vertretung in Deutschland, UNHCR/Genf, UN Menschenrechtskommission/Genf, Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), amnesty international – Sektion Deutschland, Pro Asyl, Flüchtlingsrat, Europäischer Flüchtlingsrat/Belgien, UNITED for Intercultural Action (Amsterdam/Niederlande), amnesty international – Internationales Sekretariat (London), Human Rights Watch/HRW (London/New York), Schweizerische Flüchtlingshilfe (Schweiz), CIMADE (Frankreich).

POC: Partidos da Oposição Civil (Zivile Oppositionsparteien), ein Zusammenschluss von ca. 11 Parteien, die seit 1993 versuchen, in diesem Bündnis ein Gegengewicht zu den beiden mächtigen bewaffneten Kriegsparteien zu bilden. Bisher erhielten sie wenig Aufmerksamkeit von vielen internationalen Beobachtern. Seit kurzem organisieren sie sich in einer „Koalition gegen den Krieg, für eine politische Veränderung und die nachhaltige Entwicklung Angolas“. Folgende Oppositionsparteien bilden diesen Zusammenschluss: **CDNA** (Convenção Nacional Democrática de Angola), **FNLA** (Frente Nacional de Libertação de Angola), **FpD** (Frente para a Democracia), **MDIA/PCN** (Movimento Democrático de Angola/Partido da Consciência Nacional), **PAL** (Partido Liberal de Angola), **PNSA** (Partido Nacional de Salvação de Angola), **PSCA** (Partido de Solidariedade e da Consciência de Angola), **PSDA** (Partido Social Democrático de Angola), **PSIA** (Partido Social Independente de Angola), **UDA** (Unificação Democrática de Angola) & **UND** (União Nacional para a Democracia).